



Delegierte aus Treptow-Köpenick beim Landesparteitag.

Foto: Forster

Drei Wochen im Juni

Aus Linkspartei.PDS und WASG wurde DIE LINKE

Drei Wochen die ereignisreich waren und folgenreich sein werden liegen hinter uns.

Am 15. Juni trat zum letzten Mal ein Bundesparteitag der Linkspartei.PDS zusammen. Neben der Wahl unserer Führungsfrauen und -männer, blieb besonders im Gedächtnis: Ein sichtlich erleichteter Harald Wolf konnte den erfolgreich zum Abschluß gebrachten Verkauf der LBB an den Sparkassen- und Giroverband verkünden. Endlich einmal (wieder) ein Parteitag, wo der Berliner Bezirksverband nicht Kritik und Prügel einstecken musste. Und damit wurden auch wieder Berliner Vertreter für die höchsten Parteigremien wählbar.

Mitternacht hörten beide Parteien auf zu existieren, DIE LINKE war in ihre Nachfolge getreten. Der Gründungsparteitag verlief in ungewohnter Atmosphäre: Auf das Doppelte waren Delegierten- und Gästezahl angewachsen, das gemeinsame Wollen nach Neuem war überall zu spüren.

Montag ging's bei uns in T/K weiter: Die nunmehr LINKE-Mitglieder aus der ex-WASG

wählten ihre Delegierten für die HV nach. Die Wahl war schnell hinter sich gebracht bei 5 Anwesenden (andere hatten sich entschuldigt), vielmehr standen die Fragen zum Kennenlernen und gemeinsamen Wie-Weiter? im Mittelpunkt.

Am darauffolgenden Sonnabend fand unsere Hauptversammlung für die Wahl der Delegierten zum kommenden Berliner Landesparteitag statt. Erfreulicherweise viele Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich dann zur Wahl, das war nicht immer so. Ich bin überzeugt, daß diese Mischung aus Jung und Alt, Erfahrung und Engagement, einen spürbaren Einfluss auf die LINKE-Landespolitik haben kann und wird. Damit verbunden ist meine Hoffnung, daß die gewählten 28 Delegierten und bisher 8 Ersatzdelegierten zukünftig die schnellste und direkteste Verbindung zwischen der Basis in den BÖn und Ortsteilen und der Berliner Landesebene seien werden.

Am Dienstag (26.6.) war Gregor wieder in seinem Wahlkreis. Die Ansiedlung der FHTW

in Oberschöneweide, eine Bürgersprechstunde und ein Bürgerforum in Adlershof standen auf seinem Plan. Das Forum in der Alten Schule nutzte Gregor zu einer einstündigen „Kurzvorlesung“ zur Parteiengeschichte SED-PDS-Linkspartei-DIE LINKE. Die Fragen danach richteten sich auf die vor uns liegenden Aufgaben und zukünftigen Chancen. Vielen Teilnehmern, und das waren nicht nur LINKE-Mitglieder, blieb seine Forderung im Ohr „In der letzten Zeit haben wir uns bis zu 80% mit uns selbst beschäftigt und 20% Politik gemacht – das müssen wir schnellstens wieder umkehren!“.

Die LINKE in Berlin wurde mit der Annahme der neuen Landessatzung am vergangenen Sonnabend aus der Taufe gehoben. Der danach gewählte neue Landesvorstand ist eine gute Mischung aus Ost und West, Jung und Alt und bietet hoffentlich die Garantie für sachgerechte Diskussionen und Debatten, neue Ideen und zielführenden Streit um das gemeinsame Neue. Wir sind in dem neuen LV mit Sylvia Müller und Ernst Welters vertreten.

Und auch bei uns in Treptow-Köpenick wird's jetzt weiter gehen. Am 10.7. gibt's die Halbjahresbilanz von Abgeordnetenhausfraktion, BVV und Bezirksvorstand. Für viele werden dann erst einmal Sommerferien sein. Ich hoffe mit viel Sonne und Chancen zum Abschalten und Ausspannen. Danach wird es garantiert spannend weiter gehen. Neue Mitglieder sollen geworben und aufgenommen werden und wir werden unsere „Baustellen“ im Bezirk nicht nur benennen, sondern auch angehen.

In diesem Sinne packen wir es gemeinsam an und bleiben dabei immer optimistisch.

Michael Kargus

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE

Seite 3: Ein Fahrrad mit seltsamer Vergangenheit - Ruth Werners Tochter erzählt.

Seite 4: Neue Leute.
Die LINKE wächst.

Seite 6: Augenzeugenbericht aus Rostock

Seite 7: Soll „Nichts“ bezahlt werden?
Von Grundeinkommen und Mindestlohn.

Unerträgliche Provokation

SPD kündigt gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextreme auf



In einer Pressemitteilung der Sozialdemokraten ist zu lesen: „Die SPD wird weiterhin und vermutlich nun allein gegen den Rechtsextremismus und die NPD in der BVV kämpfen.“

Dan Mechtel, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick erklärte zu dieser polemischen Äußerung: „Das Verhalten der SPD-Fraktion im Allgemeinen und die Rede des Fraktionsvorsitzenden Oliver Igel im Besonderen boten einen Tiefpunkt parlamentarischer Kultur in der Bezirksverordnetenversammlung. Der Versuch, die LINKE in eine Ecke mit der rechtsextremen NPD zu stellen, ist inakzeptabel und selbst ein Tabubruch. Hintergrund war ein Antrag der WASG (jetzt SAG), Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II ein Weihnachtsgeld auszuzahlen. Im Haushaltsausschuss einigte man sich parteiübergreifend darauf, sich besser für eine Erhöhung des monatlichen Regelsatzes von 345 auf 420 Euro, also auf das von den Sozialverbänden geforderte Niveau, auszusprechen. Auch Grüne und CDU blieben in der BVV-Sitzung bei ihrer grundsätzlichen Kritik und sprachen sich für die Erhöhung des Regelsatzes aus, stimmten dann aber gemeinsam mit der SPD für

die Ablehnung des Antrages, „weil dies Sache der Bundespolitik“ sei.

DIE LINKE hielt an ihrem Votum im Haushaltsausschuss fest. Zwar führe dies nicht zu einer unmittelbaren Verbesserung der Situation für die 30.000 Betroffenen im Bezirk, aber es sei als Zeichen der Solidarität und als Anstoß in Richtung Landes- und Bundespolitik richtig. Außerdem hatte auch die BVV Friedrichshain-Kreuzberg sich schon einstimmig für eine Initiative zur Anhebung der Zahlungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II ausgesprochen.

Dass Grüne, Union und SPD ihre Meinung geändert haben ist bedauerlich. Aber daraus, dass letztlich nur die NPD mit SAG und LINKEN stimmte, eine Nähe der LINKEN zu der rechtsradikalen Partei zu konstruieren ist unerträglich. SPD und NPD haben beispielsweise in dieser Wahlperiode gemeinsam gegen eine Ruth-Werner-Promenade und gegen die Einrichtung von siebten Klassen an zwei Oberschulen gestimmt. Bei aller Emotionalität dieser Auseinandersetzungen hat DIE LINKE der SPD nie gemeinsame Auftritte mit der NPD unterstellt. Solche öffentlichen Äußerungen nutzen nur der NPD und stellen den Konsens der demokratischen Parteien in Frage. Ich fordere die SPD auf, dies zurückzunehmen.

Eigentlicher oder zumindest formaler Höhepunkt der Plenarsitzung war die Einbringung des Haushaltsplans für 2008/2009 durch das Bezirksamt. Bezirksbürgermeisterin Gabi Schöttler (SPD) kritisierte die Höhe der Zuweisung durch den Senat. Diese sei zwar höher als in den Vorjahren, aber nur wegen gesetzlicher Pflichtleistungen im Sozialbereich. Durch Kürzungen von

Personal- und Sachmitteln werden die Spielräume im Bereich freiwilliger sozialer und kultureller Leistungen deutlich eingeengt. Durch vom Senat vorgegebene Mindestausgaben zum Beispiel im Hoch- und Tiefbaubereich wird die Haushaltshoheit der Bezirksverordnetenversammlungen weiter eingeschränkt. Keine oder nur geringe Kürzungen sieht das Bezirksamt im Jugendbereich vor, andere wie Grünflächenunterhaltung und der Kulturbereich sind dafür umso mehr betroffen. Der Haushaltsplan wurde in die Fachausschüsse überwiesen. Die Beschlussfassung erfolgt voraussichtlich im September.

Philipp Wohlfel

Zentrum für Demokratie

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt, das bei allen demokratischen Parteien Übereinstimmung über die weitere Finanzierung des Zentrums für Demokratie herrscht, indem das Bezirksamt ersucht wird, auch in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 Mittel aus dem Bezirkshaushalt zur Verfügung zu stellen.

In einer Presseerklärung betont Hans Erleben, Mitglied des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick: Die gleichzeitige einhellige Ablehnung des Gegenantrags der NPD, nur dann Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn sich das Zentrum für Demokratie »auch gegen Linksextremismus, Ausländergewalt und Rassismus von Ausländern gegenüber Deutschen wendet« spricht eine klare Sprache. Wenn ein einschlägig Vorbestrafter wie der NPD-Verordnete Bräuniger sich in der Debatte als demokratischer Biedermann aufspielt, kann er nicht darüber hinwegtäuschen, dass er und seine Partei antidemokratische Brandstifter sind, wie ihr Antrag erneut demonstrierte.

Das Bezirksamt antwortet

Keine Hochzeit im Schloß

Eheschließungen im Schloss Köpenick wird es auch weiterhin nicht geben, teilte Stadtrat Svend Simdorn dem Bezirksverordneten Oliver Igel (SPD) auf eine kleine Anfrage mit. Das Bezirksamt habe sich seit 2004 darum bemüht, scheiterte unter anderem an organisatorischen und finanziellen Vorgaben der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Internet an Schulen

Im Bezirk haben alle allgemeinbildenden Schulen einen kostenfreien Internet-Zugang der Deutschen Telekom für pädagogische Zwecke, heißt es in der Antwort von Stadtrat Dirk Retzlaff auf eine kleine Anfrage des

SPD-Verordneten Florian Stöckel. An der Finanzierung des Education-Masterplans des Senats beteiligen sich auch die Deutsche Klassenlotterie Berlin sowie die Schulträger.

Sommerbad Wuhlheide

Wann endlich mit der Sanierung des Sommerbades Wuhlheide begonnen würde, wollte der SPD-Verordnete Oliver Igel wissen. Auf die kleine Anfrage erklärte Stadtrat Michael Schneider, dass weder die Berliner-Bäder-Betriebe noch der Bezirk die Mittel „zeitnah bereitstellen können“.

BVV-Beschlüsse – nachgefragt

Archäologische Grabungen

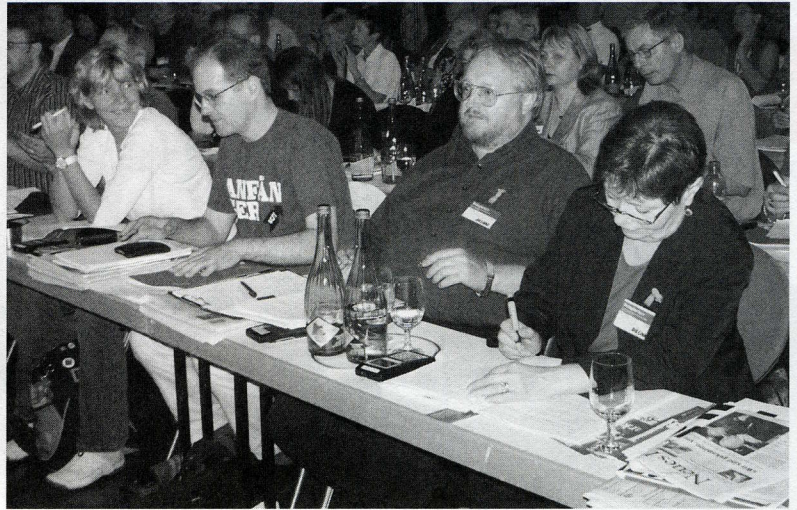
Die bei Grabungen auf dem Gelände der

zukünftigen Mittelpunktbibliothek in der Köpenicker Altstadt gefundenen Exponate befinden sich noch beim Landesdenkmalamt. Sie werden voraussichtlich nach Abschluss der Arbeiten ab 25. August des Jahres im Heimatmuseum Köpenick präsentiert. (Beschl. 024/03/06)

Schülerverkehr

Durch anstehende Fusionen von Schulen wird es Veränderungen der Schülerströme geben. Mehrere Schreiben des Schulamtes an die BVG zur Schaffung günstigerer Verbindungen zwischen Altglienicke und Bohnsdorf sowie dem S-Bahnhof Adlershof und dem Allendeviertel blieben bisher unbeantwortet.

(Beschl. 761/41/05)

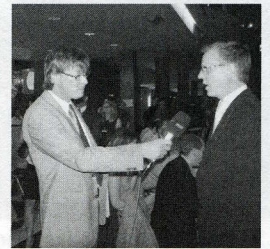
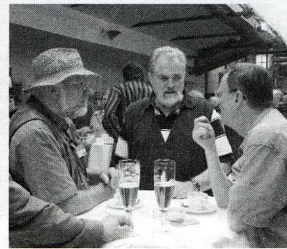
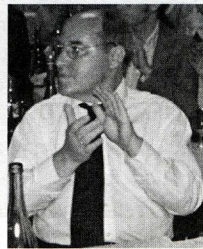
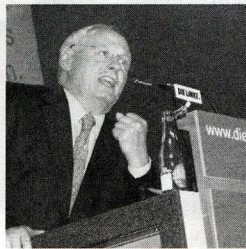


Es ist geschafft. Aus Linkspartei.PDS und WASG wurde DIE LINKE. Doch das bedeutete auch auf dem Verschmelzungs- und nachfolgendem Gründungsparteitag im Hotel Estrel noch einmal viel Arbeit für die

Delegierten aus Treptow-Köpenick. Für die die Wahlen wurde nämlich ein Wahlcomputer verwendet, der einem Taschenrechner nicht unähnlich sah. Unter den Gästen auch der Schauspieler Peter Sodann. Während in

der Pause heftig weiterdiskutiert wurde, interviewte das Fernsehen die Handelnden. Das „blättchen“ beobachtete für seine Leser das Geschehen.

Fotos: Forster



Ein Fahrrad mit seltsamer Vergangenheit

Ruth Werners Tochter erzählt über ihre ungewöhnliche Familie



Janina Blankenfeld

Vielleicht würde das alte Fahrrad von Ruth Werner heute im Museum stehen, Mutter ließ es aber verschrotten, erzählt Tochter Janina Blankenfeld. Es gehörte zum Umzugsgut, als die damals 13jährige mit ihrer Mutter und den beiden Brüdern 1950 aus England in die DDR übersiedelte.

Mit eben diesem Rad, mit dem Nina in Berlin zur Schule fuhr, hatte Mutter sie immer zum Zahnarzt transportiert. Dass sie Kundschafterin war und damit vor allem zu den illegalen Treffs fuhr, erfuhren die drei Kinder erst mehr als 20 Jahre später aus „Sonjas Rapport“.

Anlässlich des 100. Geburtstages der mutigen Antifaschistin, Kundschafterin und DDR-Schriftstellerin, die 1977 mit ihrem spannenden und sehr persönlichen Bericht nicht nur Leser aus der DDR überraschte, hatte Antifa Treptow am 6. Juni in die Begegnungsstätte „pro“ geladen. Dass alle Anwesenden Sonjas Rapport und andere Bücher von Ruth Werner gelesen hatten, konnte vorausgesetzt werden.

Wie die Kinder den Alltag in dieser ungewöhnlichen Familie und in der zunächst sehr fremden deutschen Umgebung erlebten, wo die Leute anders sprachen und anders angezogen waren, schilderte Nina an vielen kleinen Episoden. Als sie zunächst zur Untermiete in der Wilhelm-Pieck-Straße wohnten und es komisch fanden, dass Nachbarn – die Unterarme auf ein Kissen gestützt – stundenlang das Leben auf der Straße beobachteten, wäre in England unmöglich gewesen, erinnert sie sich. Aber da habe Mutter nur fröhlich gesagt: „Jetzt sind wir zu Hause. Das ist Berlin“. Oder viel später, als Mutter bereits berühmt war und

oft zu Brigadeveranstaltungen in Produktionsbetriebe und zur Armee eingeladen wurde, und mehr als einmal eine Leninbüste als Erinnerungsgeschenk erhielt. Diese Andenken wurden dann auf dem Boden im Dammweg 35 aufbewahrt. Und vor allem, wie sich zwei Jahre nach ihrem Tod fast 60 Nachkommen des Kuczynski-Clans aus Deutschland und England zur ehemaligen Villa der Großeltern nach Schlachtensee aufmachten und von der jetzigen Besitzerin eingeladen wurden, das Haus zu besichtigen.

Passend ergänzt wurden die Erzählungen von Nina Blankenfeld durch Rudolf Hempel, einen langjährigen Freund der Familie, der sein neues Buch vorstellte, das unter dem Titel „Funksprüche an Sonja“ gerade erschienen ist. In der Antologie kommen nicht nur die Kinder Nina Blankenfeld, Michael Hamburger und Peter Beurton zu Wort sondern auch Markus Wolff, Hermann Kant, Werner Liersch, Eberhard Panitz und andere, die jeweils aus unterschiedlicher persönlicher Sicht über Ruth Werner und Len Beurton erzählen. Wie Ruth Werner über die sowjetische Botschaft Anfang der 70er unter Druck gesetzt wurde, ihr Buch völlig umzuschreiben und es trotzdem nicht tat, auch das erfuh man an diesem Abend.

Helga Pett



Besuch im Deutschen Bundestag

Jeder Bundestagsabgeordnete kann Wählerinnen und Wähler aus seinem Wahlkreis einladen, Berlin und den Deutschen Bundestag zu besuchen. Auch Berliner Abgeordnete dürfen dies und so konnte Ende Juni eine Gruppe aus dem Wahlkreis von Gregor Gysi ihren Abgeordneten an dessen Wirkungsstätte besuchen. Auf dem Programm standen unter anderem eine Visite im Innenministerium und ein Besuch auf der Tribüne des Parlaments während im Plenarsaal zum Themenbereich Klimaschutz ein Gesetzentwurf zum Emissionshandel

diskutiert wurde zudem für die Linke die Abgeordnete Eva Bulling-Schröder sprach. Vivien Wenzel und Antonie Philipp, (Bild rechts) die mit dieser Gruppe erstmalig den Deutschen Bundestag besuchten, zeigten sich beeindruckt, daß sich Gregor Gysi trotz des vollen Terminkalenders eine Stunde für ein Gespräch Zeit genommen hat. Die Debatte im Plenum fanden sie auch interessant, kritisierten allerdings, „daß manche viel reden auf nicht auf den Punkt kommen“. Ein weiterer Höhepunkt war für die Gruppe der Besuch der Reichstagskuppel



mit dem Blick über Berlin und dem Gruppenfoto mit „ihrem“ Abgeordneten.
Fotos: Blättchen / Karl Forster

Neue Leute – neue Stimmung

Das wichtigste Ergebnis des Bundesparteitages sind die Reaktionen der Menschen, die offensichtlich auf die Gründung der neuen Partei DIE LINKE. gewartet haben. Die Anzahl der Eintritte wächst täglich und nähert sich inzwischen der 3000er Marke. Im Landesverband Berlin haben bereits mehr als 180 Menschen ihren Eintritt in DIE LINKE. erklärt. Das sind nur nackte Zahlen, aber sie machen Mut. Hinter den Zahlen stehen Menschen mit neuen Ideen, Emotionen, ihren Verbindungen, aber auch mit ihren Erwartungen, die DIE LINKE. beflügeln.

Viele der neuen Mitglieder sagen: jetzt habe ich einen Ansatzpunkt und das nötige Umfeld zum Kämpfen gegen gesellschaftliche Missstände in dieser Republik gefunden, ich habe Hoffnung auf Veränderungen in der gesellschaftlichen Kälte des Ausgrenzens und ungenierten Umverteilens zu den Reichen. Andere verbinden mit ihrem Eintritt die Hoffnung, dass eine starke LINKE andere Lösungen als militärische Bestandserweiterungen und Barrikaden gegen

Hungerflüchtlinge erzwingt und sich damit eine neue internationale Solidarität entwickelt. Auch das Abwenden der drohenden Klimakatastrophe durch die Verbindung von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit, das Besinnen auf die Agenda 21 ist für viele der neuen Mitglieder ein triftiger Grund zum Eintritt in DIE LINKE. Da möchten sie mitwirken und das ist das Signal! Es treten also nicht einfach nur Menschen (wieder) in die Partei DIE LINKE. ein, sie bringen oft auch seit Jahren brachliegende Erfahrungen und Arbeitskapazität sowie viel Elan mit, was wir im Kampf für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und friedliche Konfliktlösungen so dringend benötigen.

Das sind natürlich auch Mutmacher und Kraftspender für all diejenigen, die seit Jahren im tagtäglichen der Mühen der Ebenen manchmal resignieren.

Es werden aber nicht nur neue Ideen, Vorschläge und andere Geschichtsbilder auf uns zukommen, sondern auch neue Kämpfe. Die neue, gestärkte LINKE kann mutiger agieren, wird aber auch verstärkt beweisen

müssen, dass sie – sozusagen im Vorwärtsschreiten – in den sozialen Bewegungen durch aktives Handeln bestehen kann.

Ich kann ja verstehen, dass die SPD jetzt bissig um sich schlägt oder sich in Treptow-Köpenick im wahrsten Sinne des Wortes einigelt und Stacheln zeigt. Aber ihr hilft kein Lamentieren über einen verloren gegangenen Alleinvertretungsanspruch, sondern ein Besinnen auf sozialdemokratische Werte und das inhaltliche Zugehen auf DIE LINKE im Interesse der sozialen Bedürfnisse der Menschen.

Auch vor uns liegen gewichtige Aufgaben, die wir angehen müssen. Die Stimmung dafür auf unserer Hauptversammlung am 23. Juni war gut. Auch hier haben neue Mitstreiter die Bildfläche betreten, die dazu beitragen wollen, dass Treptow-Köpenick als zweitstärkster Gebietsverband der LINKEN in Deutschland seiner Verantwortung gerecht wird. Politische Verantwortung heißt auch, Voraussetzungen zu schaffen, um keinen zu verlieren und das erfreulich wieder jünger gewordenen Gesicht der Partei als Gewinn zu betrachten.

Ernst Welters

Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE

50 Millionen für Berliner Schwimmhallen

Der Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft GSG macht es möglich: entsprechend der Beschlusslage der rot-roten Koalition bekommen die Berliner Bäderbetriebe einen außerordentlichen Zuschuss von insgesamt 50 Millionen Euro für die Sanierung der Berliner Schwimmhallen. Die erste Rate in Höhe von 5 Millionen Euro wird noch in diesem Jahr fließen. Damit werden noch 2007 die dringendsten Sanierungsmaßnahmen für die Schwimmhallen, insbesondere für die Sanierung der Dächer vorgenommen. Die anderen 45 Millionen Euro werden in

möglichst. Mögliche Fördermittel für weitere Maßnahmen zur ökologischen Sanierung, insbesondere zur Verbesserung der Energiebilanz der Hallenbäder, sollen außerdem abgerufen werden, so dass in der Summe sogar über 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Erfahrungsgemäß haben Hallenbäder eine durchschnittliche Nutzung von 25 Jahren. Danach müssen sie einer Grundsanierung unterzogen werden. Wenn alles gut läuft werden ab 2011 jährliche Kosten von 5 Mio. Euro zur laufenden Instandhaltung notwendig sein.



Kommt auch hier etwas von den 50 Millionen Euro an?

Foto: E. Karge

den Jahren 2008 bis 2011 entsprechend der erfolgten Prioritätensetzung durch die Bäderbetriebe eingesetzt werden. Das politische Ziel, keine Schwimmhallen zu schließen, soll dabei Richtschnur der Maßnahmenfestlegung sein.

So schön diese Nachricht ist, ist sie doch mit einigen Bauchschmerzen verbunden. Durch den aufgelaufenen Sanierungsstau konnte der Vorstand des landeseigenen Unternehmens nicht ausschließen, dass wegen Havarien oder zur Abwehr von Gefahren für Schwimmhallenbesucher nicht doch Schwimmhallen zumindest zeitlich geschlossen werden müssten. Für diese wie auch für die notwendigen (planmäßigen) Schließungen zur Durchführung der Bauarbeiten sollte aber in enger Abstimmung mit Schulen, den Bezirken und Regionalen Beiräten und den Gremien des Berliner Sports eine dennoch abgestimmte Vorgehensweise vereinbart werden. Dadurch soll die regionale Sicherung des Schwimmsports wie auch die regionale Schwerpunktsetzung z.B. nach sozialen Belangen gelingen. Am Ende der jetzigen Legislatur 2011 sollen alle 37 Hallenbäder, 14 Sommerbäder und 12 Freibäder in einem akzeptablen Zustand sein, der den Weiterbetrieb langfristig er-

Ein spannendes Extrathema bei der Parlamentsberatung war das Sommerbad Wuhlheide. Vertreter aller Fraktionen drückten ihr Unverständnis darüber aus, dass das sanierte Bad immer noch nicht in Betrieb genommen wurde, da eine Wasserleitung noch saniert werden muss. Zwischen den Berliner Bäderbetrieben und dem Bezirk Treptow-Köpenick gibt es über die Zuständigkeit seit Monaten einen heftigen Streit. Der mitbeteiligte Bezirk Lichtenberg hat inzwischen die Kostenbeteiligung an der Sanierung der Wasserleitung beschlossen. Treptow-Köpenick schließt eine solche Beteiligung kategorisch aus, obwohl der Bezirk als Eigentümer des entsprechenden Grundstücks für die Wasserleitung zuständig ist. Und da auch die Bäderbetriebe auf ihrer mehrfach bestätigten Rechtsposition beharren, bleibt das Bad eben noch weiter geschlossen. Übrigens ist im Aufsichtsrat der Wasserbetriebe auch Bürgermeisterin Schöttler vertreten. Die Linksfraktion hat alle Verantwortlichen aufgefordert, den Schwebezustand endlich zu beenden und das sanierte Sommerbad endlich in Betrieb zu nehmen – nach schnellstens zu realisierender Sanierung der Wasserleitung natürlich.

Jutta Matuschek

Weiterer Bewerber für Adlershofer Therme

Der Bau der Adlershofer Therme könnte die Attraktivität der Tourismusregion Treptow-Köpenicks deutlich erhöhen. Diese von den Bezirksverordneten bereits vor einigen Jahren getroffene Feststellung wurde von Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler erneut bekräftigt. In einem Zwischenbericht für die BVV erklärte sie, dass sich derzeit zwei Interessenten um das Projekt bemühen. Zum einen die Fa. Deyle als ursprünglicher Bewerber sowie ein weiterer deutscher Bäderbetreiber, der bis zum Juli ein Konzept vorlegen wolle. Sein Finanzierungsplan solle ohne Fördermittel auskommen. Das sei insofern erforderlich, weil Voraussetzung für die Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist, dass über 50 Prozent aller Besucher von außerhalb der Region kommen. Dafür gebe es nach Auffassung des Bezirksamtes noch keinen schlüssigen Nachweis.

Bus-Exkursion durch Adlershof und Oberschöneweide

Am Mittwoch, 11. Juli findet in der Zeit von 9.30 Uhr bis 19 Uhr eine Busexkursion zum Thema „Neue Impulse für Berlin durch Forschung und Innovation“ statt.

Bei der Exkursion werden in Adlershof und Oberschöneweide das WISTA-Gelände, Berlin-Chemie, der Campus Adlershof der HU, der FHTW Standort Oberschöneweide sowie die Spreehöfe besichtigt. Die Exkursion wird durchgeführt im Rahmen der Veranstaltungsreihe Perspektiven für Berlin der Berlin-AG von Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., kommunalpolitisches forum berlin e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Teilnehmer: Prof. Dr. Wolfgang Lausch, Vorsitzender des Wirtschaftskreises Treptow-Köpenick e.V. sowie Uwe Doering, MdA, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus.

Für Nachfragen stehen zur Verfügung: Manfred Sander, Leiter der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick und Andrea Leuck, Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Investoren und Unternehmen, Quartiersmanagement, Stadt- und Tourismusentwicklung im Bezirksamt Treptow-Köpenick. **Treffpunkt: 9.30 Uhr - Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin**

Weiterer Treffpunkt: 10 Uhr WISTA. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 15 Euro (incl. Mittagessen) erhoben. Anmeldung erforderlich: Helle Panke e.V. Tel.: 030 - 47 53 87 24

Hubschrauber im Tiefflug störte die Kundgebung

Als in Heiligendamm die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten konferierten, erhielten Sie „Besuch“ von Tausenden Demonstranten, die ihre Positionen zu Globalisierung und deren Folgen deutlich machen wollten. Unter ihnen auch zahlreiche Teilnehmer aus Treptow-Köpenick. Wir baten Alexander Georg Keckel, einen der jungen Demonstranten, seine persönlichen Eindrücke in einem „Augenzeugenbericht aus Rostock“ zu schildern.

Schon währten die Planungen, viele Treffen und Vorbereitungen gingen ihm vor raus und dann war er da. Der Gipfel der G8 Staaten in der Hafenstadt Rostock. Lange vor dem Ereignis trafen sich engagierte Menschen um die Proteste zu organisieren. So auch in Treptow Köpenick die Anti-G8-Gruppe. Jeden zweiten Sonntag im Monat trafen wir uns und besprachen unsere Vorhaben. Zusammen mit der Jugendorganisation solid organisierten wir im Cafe in Köpenick einen Kinoabend. Neben dem Film „Surplus oder Konsumterror“ bekamen die Interessierten dort Infomaterial zur Anreise und dem Ablauf der G8-Proteste. Am 2. Juni fuhren gegen 8 Uhr morgens die Busse in der Karl-Marx-Allee ab. 18 Busse im Konvoi waren ein bewegender Anblick. Drei Stunden später, kurz vor Rostock, gab es ein weiteres Highlight. Die Gegenspür war

voll von unzähligen Bussen. Ein Zeichen dafür, wie viele Menschen sich aufmachten, um den „Mächtigen dieser Welt“ zu zeigen, dass sie nicht in ihrem Namen handelten. Nach einigem Wirrwarr gelang es endlich, zum Parkplatz vorzustoßen. Es folgten letzte Anweisungen zum Umgang mit den Ordnungshütern.

Fahnen wurden gehisst, Transparente entrollt und man reihte sich in die entsprechenden Blöcke ein. Ob Linkspartei, SDS, MLPD, solid oder DKP, überall Fahnen, Sprechchöre wurden eingeübt, Reden gehalten. Dann setzte sich die Demo in Bewegung. Merkwürdig erschien zuerst die geringe Polizeipräsenz. (Später am Tag wurden wir eines Besseren belehrt.) Auf der Straße befanden sich tausende Menschen mit Sprechchören und Fahnen, die sich gegen Krieg und Armut auflehnten. In der Luft kreiste ein Polizeihubschrauber. Nach einem langen Marsch, bei dem wegen der Stimmung keine Ermüdung aufkam, strömten aus allen Richtungen Demonstranten zum zentralen Kundgebungsort. Hier zeigten sich die Ordnungshüter von ihrer bekannten Seite, in Rüstung, die jeden Ritter in den Schatten gestellt hätte, bahnten sie sich mit ihrer angeborenen Höflichkeit den Weg durch die Demonstranten. Nun sollte eigentlich die Abschlusskundgebung stattfinden, denn die Teilnehmer wollten anschließend pünktlich zu ihren Bussen hätten zurück. Da aber der Pilot des Polizeihubschraubers anscheinend noch Flugstunden brauchte, kreiste er mehrere Stunden im Tiefflug über den „potenziellen Gewalttättern“ und machte durch sein aufdringliches Geräusch die Kundgebung undurchführbar. Als eineinhalb Stunden später endlich die Kundgebung beginnen konnte, mussten viele Demonstranten schon los. Auch wir Berliner machten uns wieder auf den Rückweg. Nach fünf Minuten mussten wir jedoch feststellen, dass die Polizei uns eingekesselt hatte, und so stauten sich die Rückkehrer, bis die Polizei endlich den Kessel auflöste.

Nach weiteren zehn Minuten Marsch zeigten die Ordnungshüter erneut ihre Muskeln. Aus einer Seitenstrasse fuhren zwei Einsatzwagen, zehn Wasserwerfer und drei Räumpazer auf uns zu. Den gesamten Rückweg über kamen uns immer weitere Polizeifahrzeuge entgegen. Da die Straße für den öffentlichen Verkehr noch gesperrt war, nutzen die Demonstranten jedoch deren gesamte Breite und zeigten so Ungehorsam gegenüber den nun ins Schrittempo gezwungenen Polizeiwagen. (Krankenwagen wurden natürlich sofort durchgelassen.) Nach einem Rückweg der uns verdammt lange vorkam, trafen wir bei den Parkplätzen ein und begaben und erschöpft auf den Heimweg nach Berlin wo wir natürlich den weiteren Verlauf der Proteste in Rostock aufmerksam verfolgten.

Alexander Georg Keckel

15. Schülerumweltpreis 2007

Mit dem Schutz der Umwelt muss in frühen Jahren begonnen werden. Diesem Leitspruch folgend fand in diesem Jahr zum 15. Male der Wettbewerb um den Schülerumweltpreis statt. 32 Gruppen beteiligten sich in diesem Jahr in zwei Kategorien mit Exponaten zum Thema „Umwelt heute und morgen schützen – nachhaltig Zukunft sichern“.

Der Bezirksstadtrat für Umwelt und Grün, Michael Schneider, konnte jetzt in Anwesenheit des Vorstehers der BVV Treptow-Köpenick, Siegfried Stock, des Bezirksstadtrates für Jugend und Schule, Dirk D. Retzlaff und des Bezirksstadtrates für Bürgerdienste, Bildung und Sport, Svend Simdorn, die Preisträger aus den Treptower und Köpenicker Schulen, Jugendeinrichtungen und Projekten auszeichnen.

In seiner Begrüßungsrede bedankte er sich sehr herzlich bei den langjährigen Sponsoren und Ehrengästen, Frau Vera Gäde-Butzlaff von der BSR, vertreten durch Frau Thümmel und Herrn Dr. Reinhard Uppenkamp von

der Berlin-Chemie AG, vertreten durch Frau Kuchling. Beide Unternehmen zeigen mit der Unterstützung des Schülerumweltpreises, so Schneider, welchen Stellenwert der Umweltschutz für beide Unternehmen hat. Für die Jury war es nicht leicht gewesen eine gerechte Bewertung vorzunehmen, weil die Exponate sich an Ideen und Kreativität überboten. Es wurden Arbeiten unterschiedlichster Themen aufgegriffen, eine sinnvolle Nutzung vorhandener Ressourcen wie ausgesonderte Altmaterialien, u.a. Papier, Pappe, Plastikabfälle, wie z.B. die „Monsterverpackungen“ von Schülerinnen und Schülern aus der Melli-Beese-Grundschule. Weitere Themen stellten zunehmende Berücksichtigung ökologischer Aspekte (u.a. Solartechnik, Windenergie, Erdwärme) bei der Errichtung von Einrichtungen, als auch Untersuchungen und Vorschläge zur Einsparung von Energie und Wasser im häuslichen sowie schulischen Bereich. Einzelne Arbeiten beinhalteten ein Umweltspiel, ei-

nen Umweltkalender, Umweltplakate, zielten auf den Schutz der Wildbienen und zeigten uns Umweltkatastrophen wie die Zerstörung des Aralsees. Originell waren auch die Fantasien der Schülerinnen und Schüler des 11. Gymnasiums, die sich sehr umfangreich mit Umweltthemen beschäftigt hatten.

Preisträger des 15. Schülerumweltpreises Altersgruppe 6 – 12 Jahre

1. Grünauer Grundschule
„Umweltschutz - Schutz des Regenwaldes“
2. Schule am Plänterwald
„Soll so die Zukunft aussehen“
2. Albatros-Schule „Pappmaché – Arbeiten aus Restmaterialien“
3. Melli-Beese-Grundschule
„Gestalten aus Monsterverpackungen“

Altersgruppe 13 – 18 Jahre

1. Schule am Plänterwald
„Ich bin ein Klimaschützer“
- 2.11. Gymnasium „Energiesparhaus“
- 2.11. Gymnasium
„Energie- und Wassersparhaus“
- 3.11. Gymnasium „Umweltschuh“
- 3.11. Gymnasium „Umweltmodellbau“

Soll „Nichts“ bezahlt werden?

Zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen

Eine deutliche Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist die Position, mit der die stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN, Katja Kipping (MdB) auf einer Veranstaltung der AG Politische Bildung auftrat.

Zu Beginn der Veranstaltung warf Kipping einen Blick zurück in das Jahr 2004. Im Juli des Jahres wurde parallel zum Bundesratsbeschluss zu Hartz IV das Netzwerk Grundeinkommen von Wissenschaftlerinnen, Studierenden, Vertreterinnen von Erwerbslosen- und Armutsbewegungen, von kirchlichen Verbänden sowie Mitgliedern verschiedener Parteien gegründet. Es zählt mittlerweile über 1000 Mitglieder. Darüber hinaus existiert seit über 20 Jahren ein weltweites Grundeinkommensgremium.

Damit von einem BGE gesprochen werden kann, müssen folgende Kriterien erfüllt sein, welche auch als Grundkonsens des genannten Netzwerkes gelten: die Höhe muss die Existenz und gesellschaftliche Mindestteilhabe sichern, das BGE muss ein individueller Rechtsanspruch sein, darf keiner Bedarfsprüfung unterliegen und nicht mit einem Zwang zur Arbeit belegt sein.

Jedem in Deutschland lebenden Menschen soll das BGE qua Existenz zustehen, so Kipping. Hinsichtlich der Höhe eines BGE gibt es verschiedene Vorschläge. Die Referentin favorisiert Forderungen in einem Korridor von 800 bis 1000 Euro.

Insgesamt stehen der Idee des BGE und sei-

nen Befürworterinnen einige kontroverse Fragen gegenüber. So gibt es auch in der Partei DIE LINKE eine Reihe von starken Befürworterinnen wie Gegnerinnen. Eine der Fragen lautet: „Liegen dann nicht alle nur noch in der Hängematte?“ In der Beantwortung wies Katja Kipping darauf hin, dass es durchaus spekulativ sei, wie sich Menschen verhalten, wenn sie 800 bis 1000 Euro sicher haben. Sie wies aber zugleich darauf hin, dass sich bereits heute jede(r) dritte Deutsche ehrenamtlich engagiert. Außerdem seien 1000 Euro kein Reichtum, so dass weiterer Anreiz zu Lohnarbeit bestehe.

Eine zentrale Frage betrifft die Finanzierung eines BGE. Hiefür sind vier Säulen vorgesehen: Erstens würde das BGE Sozialleistungen wie ALG II und Bafög ersetzen. Zweitens würden durch den Abbau von Repressionen gegen Erwerbslose die erforderlichen Bürokratiemittel eingespart werden. Drittens rechnet man volkswirtschaftlich damit, dass 30 Prozent des Geldes, welches an einkommensschwache Haushalte geht, über den Umweg von mehr Konsum etc. wieder im Staatshaushalt landet. Steuern und Abgaben (Vermögenssteuer u.ä.), die gezielt zur Finanzierung des Grundeinkommens erhoben werden sollen, bilden die vierte Säule.

Nico Pawlak

(Das Manuskript des Vortrags von K. Kipping sowie ein Finanzierungskonzept zum BGE liegen ab 06.07.07 im Allendeweg aus)

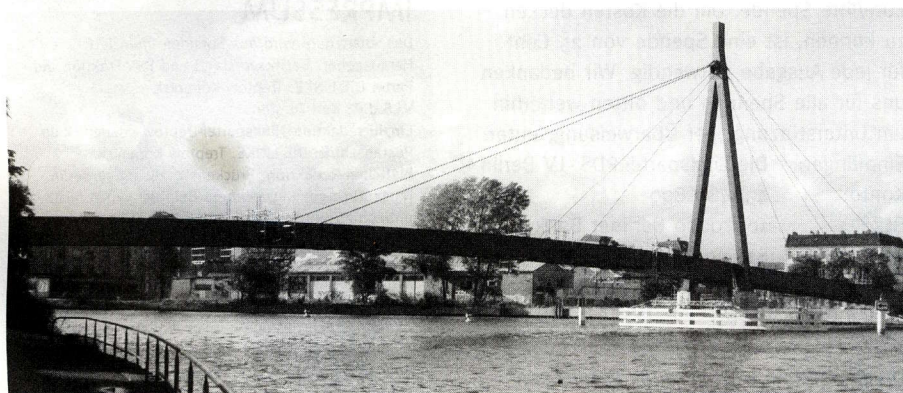
Was ist was?

Gesetzlicher Mindestlohn:

Einfache und einheitliche Untergrenze bei der Entlohnung jeglicher Beschäftigung – DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von mindestens 8 Euro.

Bedingungsloses Grundeinkommen:

Der (auch in der LINKEN umstrittene) individuelle Rechtsanspruch auf ein existenzsicheres Grundeinkommen ohne Bedarfsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit.



Der neue Kaisersteg über die Spree - eine weitere Verbindung zwischen Nieder- und Oberschöneweide: Anfang Juni wurde der Bogen über die Spree geschoben - mit viel Promis und Programm.

Foto: E. Karge

Harald Wolf: „Kompromiss“ zu Mindestlohn inakzeptabel

Berlins Wirtschaftsminister Harald Wolf zeigte sich höchst unzufrieden mit der Einigung der Koalitionsspitzen auf Bundesebene zum Thema Mindestlohn. „Das ist ein fadenscheiniger Kompromiss. Er verwässert, nur um den Koalitionsfrieden zu retten“, erklärte Wolf. Dass akut Handlungsbedarf bestehe, werde an der Tatsache mehr als deutlich, dass derzeit in Ostdeutschland fast 50% der Beschäftigten, in Westdeutschland fast 30% ohne Tarifvertrag seien.

In Berlin und Brandenburg gelten in der Hälfte aller Branchen bereits Tarife, die unter einem Bruttoentgelt von 1.300 Euro monatlich für eine Vollzeitstelle liegen. „Das ist netto weniger als die derzeit geltende Pfändungsfreigrenze von rund 1.000 Euro“, betonte Wolf und sagte weiter: „Tarifliche Lösungen wie die Ausweitung des Entsendegesetzes oder die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen können nur in wenigen Branchen wirksam werden. Daher muss unbedingt ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Nur dieser kann dazu beitragen, die aus heutigen Niedriglöhnen resultierende Armut abzubauen“.

Zum Pressefest nach Paris

Wie schon in den Vorjahren findet auch diesmal eine Busfahrt zur Fête de l'Humanité in Paris statt.

Die Reise zum Pressefest startet am 13. September abends, Rückkunft ist am 17. September 2007. Die Anreise erfolgt ab Berlin mit dem Reisebus. Das Hotel „Première Classe Le Blanc Mesnil“ befindet sich in der Nähe des Festgeländes und ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. DIE LINKE wird mit einem Stand auf der Fête de l'Humanité vertreten sein. Im Reisepreis von 249 Euro pro Person im Doppelzimmer sind die Fahrt, 3 Übernachtungen mit Frühstück, eine geführte Besichtigung von Paris, der Bustransfer zum Pressefest sowie der Eintritt zum Pressefest enthalten. *Auskunft und Buchung beim Veranstalter tuk-international, Danziger Str. 168, 10407 Berlin. Tel. 030-423 33 22.*

Samstags geöffnet.

Als Beitrag zu einer bürgerfreundlicheren Verwaltung will der Bezirk Treptow-Köpenick das Bürgeramt 1 im Rathaus Köpenick (Alt-Köpenick 21, 12555) ab dem 07.07.2007 jeden Samstag in der Zeit von 09.00 bis 13.00 Uhr öffnen.

Wir gratulieren

im Juli zum Geburtstag

- 98. Elsbeth Schwenck
- 93. Johanna Seifert
- 92. Käthe Dietrich, Elli Korth
- 91. Grubitz, Ilse
- 85. Gerda Graf, Gertrud Ulbricht
- 80. Anita Lich, Christa Seifert, Gerhard Ciechowski, Uwe-Jens Heuer, Rudi Hinte, Roland Kautsch

- 75. Brigitte Almstedt, Rosemarie Bethge, Marga Beyer, Ingrid Kahl, Günther Friedrich, Alex Nickel, Hans Offenhaus, Dieter Ullrich
- 70. Hannelore Karsten, Margarete Schönheit, Günther Burkhardt, Rudolf Schoob



TERMINE JULI / AUGUST

- 06.7. 10:00 Beratung der AG Politische Bildung, Allendeweg 1
- 06.7. 11:00 Workshop: Feinbild „Islam“ und Feinbild „Westen“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Raum 739, Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude)
- 07.7. 10:30 DIE LINKE. Polit. Frühschoppen zum Berliner Parteitag, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße
- 09.7. 15:00 AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE. Treptow-Köpenick lädt ein zur Debatte über Probleme der Stadtentwicklung, insbesondere des Verkehrs aus Sicht von SeniorInnen und behinderten BürgerInnen, Brückenstr. 28
- 23.7. 15:00 Benennung der Straße D 7 in „Am Maria-Jankowski-Park“

Treff: Straße D 7 / Am Maria-Jankowski-Park. Die Straße liegt gegenüber dem Mecklenburgischen Dorf, in der Nähe der Kreuzung Bahnhofstraße Ecke Friedrichshagener Straße, mit Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin, Hanna Wichmann, VVN / BdA Köpenick e.V. Musikalische Umrahmung: Karsten Troyke (Gitarre und Gesang)

9.8. 16:00 Einweihung Gedenktafel für Berta Waterstradt an der Altheiderstr. 21, wo die Schriftstellerin 1990 starb. Sie wäre am 9. August 100 Jahre alt geworden.

Termine für den blättchen-Kalender
bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder per Email an: petra.reichardt@pds-berlin.de

Einladung zum Basistreffen DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Halbjahresbilanz unserer politischen Arbeit mit **Michael Kargus** Bezirksvorsitzender DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Uwe Doering, MdA Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im AHB
Philipp Wohlfeil Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der BVV
Dienstag, 10. Juli, 17 Uhr
Rathaus Treptow, Neue Krugallee

Bürgersprechstunden

Donnerstag 12. Juli. 17-19 Uhr,
Adlershof, Alte Schule Dörfeldstraße
Mit Uwe Doering, MdA

Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28,
12439 Berlin
Tel.: 030-63 22 43 57
Fax: 030-63 22 43 58
nächste Sprechstunde
10. Juli und 28. August
in der Zeit von
14.00 - 18.00 Uhr
Anmeldung erbeten



Bitte vormerken:
Hauptversammlung
DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Samstag, 8.9.2007, 10 Uhr
Wahl des Bezirksvorstandes
Ort wird noch bekannt gegeben.

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Damit das „blättchen“ wie gewohnt kontinuierlich erscheinen kann, benötigen wir Eure/Ihre Spende. Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiterhin um Unterstützung, per Überweisung, unter:
Empfänger: Die Linkspartei.PDS - LV Berlin
Konto: 4384816800
BLZ: 10020000 Berliner Bank AG
Verw.: 810-502
oder direkt in beiden Geschäftsstellen.
Vielen Dank!

*Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne Sommerferien.
Die nächste Ausgabe des „blättchen“ erscheint wegen der Sommerpause erst am Donnerstag, 6. September.*

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Telefon (030) 6432 9776
Fax (030) 6432 9792
E-Mail: pds-koepenick@t-online.de
Öffnungszeiten:
Montag nach Vereinbarung,
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr,
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr,
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr,
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr.

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefon (030) 532 89 22
Fax (030) 6310 4241
Öffnungszeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr,

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon/Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 6172 4161
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeden
Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr,
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr.

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefon (030) 63224357
Fax (030) 63224358
Sprechzeiten
Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

Achtung Schließzeiten:

Die Geschäftsstelle in der Brückenstraße bleibt am 14. Juni geschlossen. Die Geschäftsstelle Allendeweg bleibt in der Zeit vom 17.07 - 10.08.07 geschlossen. Das Wahlkreisbüro in der Brückenstraße ist in der Zeit vom 23.07. - 10.08.07 geschlossen.

IMPRESSUM

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
V.i.S.d.P.: Karl Forster
Email: redaktion@linkspartei-treptow-koepenick.de
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung
Redaktionsschluß: 28. Juni 2007
Ausgabebetrag »blättchen« 131: 6. September 2007
Termine und Texte für »blättchen 131« bitte bis zum 23. August 2007 an die Redaktion einsenden.